Morgen-Ausgabe
No. 203. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Freitag, 1. Mai 1903

„In die Baumblüte“

lautet die Parole für nächsten Sonntag, und Werder, die märkische Obstkammer und Umgegend bildet das Ziel. Aber vor einem warnen wir unsere Leser: Kneipt euch nicht auf einer der Höhen in Obstwein fest. Dieser Trank ist ein heimtückischer Geselle, und wer ihm allzu eifrig zuspricht, der kann es erleben, daß der Ausflug ein frühes Ende mit Schrecken nimmt. Und Erholung findet man auch nicht in dem geräuschvollen Jahrmarktstreiben, das sich an den „Blütensonntagen“ mit allen seinen Auswüchsen in Werder abspielt. Und darum sagen wir: erst ein tüchtiger Marsch in der frischen Frühlingsluft, und zwar möglichst ohne Alkohol, der nur die Kräfte schwächt und das Wandern erschwert. Nachher, nach vollbrachtem Tagewerk, schmeckt ein Gläschen in Ehren um so besser.

Wir fahren also am Sonntag möglichst früh, um nicht von vornherein in den gefährlichen Strudel zu geraten, mit dem Vorortzuge vom Potsdamer Hauptbahnhof nach Werder und hier mit der Pferdebahn bis zur Brandenburgerstraße. Hier schlagen wir sogleich scharf rechts den Weg ein, der nach Kemnitz führt und sind sogleich allem Getümmel entronnen. Im Bogen zieht sich die Straße durch das weite, im Blütenschnee prangende Obstgelände nach Norden, langsam steigend; zur Rechten haben wir die Bismarck-Höhe. Nach 20 Minuten etwa wenden wir uns links auf dem Wege, der über den flachen Schwaltenberg hinab an den Großen Plessower See führt; immer noch ringsum ein Obstgarten neben dem andern, alles in eine weißröthliche Decke gehüllt. Bald kommen wir an die große Fläche des Sees und wenden uns links in 1/2 Stunde zur Brandenburger Chaussee und über diese nach dem Ziegeleidorfe Glindow hinein. Auch hier blüht es. Bei der Kirche rechts und westlich zum Dorfe hinaus. Gleich hinter dem Ausgange teilt sich der Weg in drei. Wir folgen dem mittelsten nach Plötzin. Gleich hinter der Teilung führt eine Feldbahn in eine Tongrube; gleich dahinter wenden wir uns links in der Nähe des Randes der an ein antikes Amphitheater gemahnenden Grube — Vorsicht! Man gehe nicht zu nahe am Rande dahin, um einen Abrutsch und Absturz zu vermeiden — in zehn Minuten zu dem bewaldeten Strebenberge hinauf, der eine hübsche Aussicht auf Glindow und Werder und die dazwischen liegenden Wasserflächen bietet. Nach Südwesten tut sich, eingebettet in dunklen Wald, überraschend ein neues Blütengelände vor uns auf. Hier oben ist gut rasten.

Nun weiter um den Südrand der Tongrube herum zu einem Feldwege, der uns links in kurzer Zeit wieder an Glindow heranbringt. Rechts am Südende des Dorfes heran, dessen hügelige Geländeverhältnisse ihm hier den Charakter eines Gebirgsdorfes verleihen. Zur Rechten haben wir den Mühlenberg. Ein Hohlweg führt uns zur Chaussee hinauf, die wir überschreiten und sofort zur Höhe der Glindower Erdberge, den „Glindower Alpen“ emporsteigen. Nun wandern wir auf schattenlosem Wege am Rande der mächtigen Tongruben entlang. Interessant ist der Gegensatz zwischen der öden Hochfläche, auf der wir uns befinden, den einzelnen Gruben, in die dicht mit Laubholz bewachsene Schluchten hineinführen, und den schön bewaldeten Hügellinien, des Heine-Berges und des Wildparks, die sich jenseits des blitzenden Glindower Sees erheben. Nach 40 Minuten haben wir wieder Wald erreicht, und zwar die Hasenheide von Petzow. Wir wandern an ihrem Rande dahin, froh des wieder gewonnenen Schattens, und kommen in 20 Minuten über eine Brücke an die Wiesendorfer Straße. Links haben wir die Grellebucht, rechts die „Grelle“ genannte Ziegelei, wo nach den neuesten Forschungen nun der Komponist und erste Direktor der Berliner Singakademie Zelter geboren worden sein soll. Wir wandern links in das stille Dorf hinein, das so romantisch angelegt ist, daß selbst die Schmiede in gotischem Stile erbaut wurde. Auf ihrem Hügel ragt die idyllisch schön gelegene Petzower Kirche in die stille Mittagsluft. Von ihr gehen wir durch die Dorfstraße hinab zum Gut und zum Ufer des Schwielowsees. Im Sonnenglanze liegt die mächtige, waldumkränzte Wasserfläche vor uns. Hell blicken die weißen Häuser von Ferch herüber, während östlich vor Kapuk das Gitterwerk der neuen Eisenbahnbrücke sich vom Horizont abhebt. Nun nordöstlich zum Dorfe hinaus und in 20 bis 25 Minuten nach Baumgartenbrück über die neue Havelbrücke, die leider lange nicht so malerisch wirkt wie die alte Klappenbrücke. Nun in wenigen Minuten links nach Alt-Geltow und rechts auf der Potsdamer Chaussee in einer halben Stunde zum Südtor des Wildparkes. Hier halblinks auf schmalem Pfade in 20 Minuten zum Bayerischen Hause hinauf und von hier hinab zum Großen Hirschwege und auf diesem durch den frühlingsfrischen Wald in 50 Minuten zum Bahnhof Wildpark.

Die Heimsparbüchse.

Man braucht nur, wenn man durch die Straßen läuft, das Auge fleißig spazieren zu führen, um hinter den oberflächlichen Erscheinungen allerhand nachdenksame Probleme zu entdecken. Da prangt seit ein paar Tagen an den Anschlagsäulen der großen Haupt- und Residenzstadt Berlin eines jener feuerroten Plakate, wie sie staatliche und kommunale Behörden für ihre Kundgebungen zu verwenden berechtigt sind. Auf diesem Plakat wird mit höflichen und liebenswürdigen Worten das Publikum zur Anschaffung einer Heimsparbüchse eingeladen. Es werden die schönen Charaktereigenschaften dieser Einrichtung sauber und klar auseinandergelegt. Aber am Schlusse der Aufforderung zur Ausnutzung des wohltätigen Unternehmens unterzeichnet sich nicht etwa, wie man annehmen sollte, der Magistrat und die Sparkassenverwaltung der Stadt Berlin, sondern vielmehr die zuständige Instanz der bescheidenen Nachbargemeinde Weißensee.

Nur demjenigen, der von dem behäbigen Geiste in der Berliner Kommunalverwaltung nichts weiß, kann es überraschend kommen, daß ein kleiner nordöstlicher Vorort es wagen darf, auf die Berliner Großstädter die Propaganda für diese fürsorgliche und unbestritten segensreiche Institution zu erstrecken. Die maßgebenden Herren vom Roten Hause müssen sich selbst einigermaßen merkwürdig vorkommen, wenn sie das rote Zettelchen lustig von der Litfaßsäule her auf sich zuwinken sehen.

Solch eine Heimsparbüchse spekuliert mit löblicher Schlauheit auf die seit Jahrtausenden sattsam geringte Schwäche des menschlichen Fleisches. Das Geldstückchen, das man in den Schlitz dieser schmucken Stahlschatulle hineinsteckt, ist für die nächste Zeit allen Wiedererlangungsversuchen unrettbar entzogen. Denn nur die Sparkassenverwaltung, von der das Ding völlig gratis und kostenlos ausgeliehen wird, hat den Schlüssel zum Deckel. Da hilft weder das in ähnlichen Fällen beliebte Herumstochern mit der flachen Messerklinge, weil eine sinnreiche Kuppenvorrichtung die einmal eingeworfenen Geldstücke von der Außenwelt gleichsam hermetisch abschließt; noch hilft ein Umstülpen der Büchse, weil bei jeder Umkehrung der Schlitz automatisch zuschnellt; noch auch hilft ein Herumbohren mit dem Dietrich am Schlüsselloche, weil ein bei allen Einbrechern so außerordentlich unbeliebtes Patentsicherheitsschloß jeglichem noch so raffinierten Tiftelversuche ein energisches Halt gebietet.

Die Heimsparbüchse wird von der Sparkasse jedem Mitmenschen, der Lust hat, irdische Reichtümer zu sammeln, und der außerdem gewillt ist, einen Taler als Sicherheit zu hinterlegen, mit nach Hause gegeben, wo sie als künstlerisch durchaus wertvoller Zimmerschmuck auch an den sichtbarsten Plätzen auf Kommode, Bordbrett oder Silberspindchen sich ihres Eindrucks nicht zu schämen braucht. Wird man durch die Laune getrieben, sich einen Kupferpfennig, einen Nickel, ein Silberstückchen oder gar einen Goldbuchs aus der Hand zu legen, mit dem Hintergedanken natürlich, eine recht sehenswerte Sparsumme zu erzielen, so gähnt ihm der breite Mund der kleinen schwarzen Büchse bereitwilligst entgegen. Selbst die winzigsten Portionen „klappern sich“, und je schöner das Geld im Kasten klingt, desto höher springt bekanntlich die Seele des fleißigen Sparers in den Himmel der ungemischten Freude.

Ist die Büchse voll und schwer, so trägt man sie auf die Sparkasse. Der Beamte holt den extra präparierten Schlüssel, öffnet den Deckel, breitet die stattlich herangewachsene Münzenmenge aus Kupfer, Nickel, Silber und Gold auf ein Zahlbrett zur Kontrolle für den glücklichen Besitzer, rafft alsdann die Summe vorsichtig zusammen und schreibt ihren Betrag auf das Pluskonto eines zu diesem Zwecke angelegten Sparkassenbuches.

Dieses Sparsystem, das mit der Heranziehung der kleinsten und unscheinbarsten Zuschüsse rechnet, ist von einem Münchener Warenhause zum ersten Male populär gemacht worden. Die Firma gab ihren Kunden die Büchsen mit, und für die angesammelten Beträge durften die betreffenden Sparer alsbald nach Belieben Waren entnehmen. Die Stadt Charlottenburg hat dann die Sache nach Norddeutschland verpflanzt, hat sie ihrer Sparkassenorganisation angegliedert und einen ausgiebigen Beifall damit gefunden. Und während Weißensee als zweite der Berliner Vorortgemeinden für die schöne Einrichtung Kunden zu gewinnen sucht, um einmal seiner Sparkasse neue Geldquellen zu erschließen und ferner eine gesunde Sparlust anzustacheln, schweigt sich Berlin aus. Wer auf dem roten Zettel an der Anschlagsäule zwischen den Zeilen zu lesen versteht, wird von der Schwäche unserer Kommunalverwaltung ein kleines typisches Beispiel empfangen.

Uebrigens soll einem Gerüchte zufolge der Magistrat von Berlin planen, eine Studienkommission zur Erforschung des Heimsparbüchsenbetriebes nach Weißensee zu entsenden. Vom Rathaus aus hätten die Herren direkte Straßenbahnverbindung mit mehreren Linien in einem Abstande von zwei bis vier Minuten.

Deutscher Reichstag.

146. Sitzung vom 30. April.
(Schluß.)

Die Lloyd-Subvention.

Abg. **Semler** (natl.) fortfahrend: Eine große Dividende für den Lloyd wird sicher nicht bei der Subvention herauskommen. Wenn der Entwurf jetzt an die Budgetkommission verwiesen wird, dann kommt er zweifellos in die Gefahr, sobald nicht verabschiedet zu werden.

Abg. **Roske** (fs.): Eigentlich hätte der Staatssekretär des Kolonialamtes hier sein müssen, denn es handelt sich hierbei in erster Linie um koloniale Fragen. Bei der Etatsberatung wußte der Staatssekretär noch gar nichts von der Sache. Noch bei keinem Gesetz ist so offen und rücksichtslos zugegeben worden, daß es sich lediglich um kapitalistische Interessen handelt. Die Regierung denkt sicher: „Der Block schluckt alles“, sonst hätte sie nicht mit einem solchen Gesetz kommen können. Von der Seemannschaft ist gar nicht die Rede in dem Entwurf, und doch müsse auch für die weiße Mannschaft Fürsorge getroffen werden, da die Reeder jetzt häufig die weiße Mannschaft entlassen und dafür Farbige anstellen. Wir werden in der Kommission und in der zweiten Lesung auf diese Frage zurückkommen. Das ganze Subventionswesen hat etwas Ungesundes. Selbst Herr Ballin hat sich gegen die Subventionen ausgesprochen; seine Gesellschaft kommt fast ohne Subvention aus. Ein Bedürfnis für diese Subvention muß entschieden verneint werden. Neu-Guinea gravitiert nach Australien; der Handel mit Deutschland ist nur sehr gering, er beträgt nur ein paar hunderttausend Mark. Und jetzt soll Deutschland soviel Subvention zahlen, wie sein Gesamthandel mit der Kolonie ausmacht. Ein tolleres Geschäft ist mir noch nicht vorgekommen. Den deutschen Arbeitern, denen die Lebensmittel durch unerhörte Zölle verteuert werden, kann man nicht zumuten, daß sie für solche Zwecke Hunderttausende vergeben. Und dabei sollen die subventionierten Linien bei Leibe nicht billige Lebensmittel nach Deutschland einführen. Es ist ein unerhörter Skandal, uns eine solche Vorlage, die nur einigen Kapitalisten zugute kommt, zu bringen. Herr Kattmann hat die Sache falsch dargestellt, 1885 war die Fraktion geteilter Meinung, nur ein Teil hat damals dafür gestimmt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **v. Dirksen** (Rp.): So schlecht, wie Herr Roske sie darstellt, kann die Sache der deutschen Arbeiter nicht sein, da alljährlich ungeheure Summen in die sozialdemokratische Parteikasse fließen. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Redner bedauert, daß die Vorlage nach der kolonialfreundlichen Parteien auf Abneigung gestoßen sei und hofft, daß in der Kommissionsberatung die aufgeworfenen Bedenken beseitigt werden möchten. Die Ablehnung der Subvention würde eine Schädigung des Norddeutschen Lloyd und damit des deutschen Ueberseehandels bedeuten. (Beifall rechts.)

Abg. **Hoormann**-Bremen (fr. Vp.): Die Vorlage ist nur die Konsequenz früherer Vorlagen, denen auch das Zentrum zugestimmt hat. (Hört, hört! bei den Freis.) Die Zuwendungen an den Lloyd sind minimal im Vergleich zu den Summen, die andere Staaten für Subventionszwecke verwenden. Man sollte überhaupt nicht von einer Lloydsubvention sprechen; in der Tat handelt es sich nicht um eine Subventionierung des Lloyds, sondern um eine Subventionierung unserer Kolonien. Wir hoffen, daß die Budgetkommission die Vorlage wohlwollend prüfen wird. (Beifall bei den Freis.)

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Die freisinnige Volkspartei scheint immer schärfer ihren neugewonnenen kolonialfreundlichen Standpunkt hervorkehren zu wollen. Was für ein Interesse hat Deutschland daran, durch Subventionierung des Lloyds den australisch-japanischen Verkehr zu verbilligen? Herrn Hoormann als Vertreter Bremens nehme ich es nicht übel, daß er sich für den Lloyd ins Zeug legt. Er sollte aber doch etwas vorsichtiger mit dem Hervorkehren des nationalen Interesses operieren. Sein eigener Parteigenosse Dr. Hermes hat 1898 in einer Erwiderung auf eine Rede des Grafen Arnim dagegen protestiert, daß sachliche Ablehnung kolonialer Forderungen als „antinational“ bezeichnet werde. (Hört, hört! und Beifall im Zentrum.)

Abg. **Hoormann** (fr. Vp.): Wenn man Kolonialpolitik will, muß man auch die Mittel wollen, die dieser Politik dienen. Die Berufung auf meinen Fraktionsgenossen Hermes beweist nichts. Die Stellung meiner Fraktion zur Kolonialpolitik ist seitdem eine grundsätzlich andere geworden.

Hiermit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage über die Stempelabgabe von Grundstückscheinen für

Kraftfahrzeuge ausländischer Besitzer.

Die Vorlage ermächtigt den Bundesrat, für im Auslande wohnende Automobilbesitzer im Grenzverkehr bei einem nicht länger als 90 Tage innerhalb eines Jahreszeitraums währenden Aufenthalts auch außerhalb des Grenzverkehrs Abweichungen von den Bestimmungen des Reichsstempelgesetzes vom 1906 anzuordnen.

Reichsschatzsekretär **Sydow** bittet, die Vorlage bald zu erledigen, damit die Erleichterungen noch vor Beginn der Reisezeit eintreten.

Abg. **Fritzen** (Ztr.) schlägt eine Tagessteuer für auswärtige Automobile vor und meint, man könne den Entwurf ohne Kommissionsberatung sofort im Plenum erledigen.

Abg. Dr. **Sirsemann** (natl.): Eine gründliche Reform des Automobilsteuergesetzes ist dringend nötig. Jetzt bringt das Gesetz den Automobilsteuerbesitzern viele Scherereien, auch sind die Erhebungskosten so groß, daß sie eigentlich in gar keinem Verhältnis zu dem Ertrag der Steuer stehen. Trotzdem können wir bei der schlechten Finanzlage selbst auch diese kleine Einnahme nicht entbehren.

Abg. **Severing** (soz.): Das Automobilsteuergesetz hat die Erwartungen, die man davon gehabt hat, nicht erfüllt. Die Erträge sind so gering, daß sie in gar keinem Verhältnis stehen zu den schweren Schäden, die sie der Automobilindustrie bringen. Wir haben dies vorausgesagt. Jetzt stehen Hunderte von Automobils unverkauft da, Tausende von Arbeitern mußten entlassen werden, all dies ist eine Folge der Automobilsteuer. In den anderen Ländern, in denen keine Automobilsteuer besteht, prosperiert die Automobilindustrie. Man sollte deshalb so bald wie möglich die Automobilsteuer aufheben. Sie ist auch keine Luxussteuer, da das Automobil mehr und mehr ein notwendiges Verkehrsmittel geworden ist. Wenn Sie Luxussteuern wollen, dann besteuern Sie die kostbaren Arm- und Halsbänder oder die Orden, führen Sie ferner endlich eine Reichseinkommen- und Vermögenssteuer ein!

Abg. **v. Oertzen** (Reichsp.): Auf die Steuervorschläge des Vorredners will ich nicht eingehen; meine Freunde halten die Automobilsteuer für eine Luxussteuer, denn die Lastautomobile und die Automobile zur gewerblichen Personenbeförderung bleiben von der Steuer frei. Getroffen werden also nur die Automobile, die zum Vergnügen gehalten werden. Den vorliegenden Entwurf, der Erleichterungen bringt, begrüßen wir. Doch meine ich, daß man noch etwas weiter gehen soll. Automobile, die aus dem Ausland kommen und nur einen Tag bei uns bleiben, sollte man von der Steuer frei lassen. Denn diese Steuer, die vielleicht nur eine Mark betragen wird, bringt doch mehr Plackereien, als dies wert ist.

Staatssekretär **Sydow**: Ich kann keine Erklärung darüber abgeben, wie hoch die Steuer für einen Tag werden soll. Ganz so niedrig, wie der Vorredner meinte, wird sie wahrscheinlich nicht werden. Ganz frei lassen kann man die ausländischen Automobile für einen Tag nicht, weil es an einer Kontrolle fehlt, ob die Automobile wirklich nur einen Tag bei uns bleiben. Der Rückgang im Absatz der Automobilindustrie ist wohl mehr eine Folge der Ueberproduktion als der Steuer. Man darf die schädlichen Wirkungen der Steuer auch nicht übertreiben.

Abg. Prinz zu **Schönaich-Carolath** (natl.): Ueber die Rede des Abg. Severing habe ich mich sehr gewundert. Daß ein Sozialdemokrat die Aufhebung der Steuer verlangte, hätte ich nicht erwartet. Die Arbeiter werden dafür kein Verständnis haben, daß die Automobile, die an uns vorüberfausen und uns die Luft verpesten, keine Steuern zahlen sollen. Die Steuer ist gar nicht so hoch. Wenn ein reicher Mann, der für sein Auto 6000 Mark im Jahr allein an Benzin ausgibt, 250 Mark Steuern dafür zahlen muß, dann spielt das doch gar keine Rolle. Mit der Krisis in der Automobilindustrie hat die Steuer nichts zu tun. — Den vorliegenden Entwurf können wir ohne Kommissionsberatung erledigen. Wie ist es denn mit dem Haftpflichtgesetz? Es wäre doch wünschenswert, daß dies Gesetz baldmöglichst veröffentlicht werde.

Schatzsekretär **Sydow**: Das Automobilhaftpflichtgesetz liegt dem Bundesrat vor. Weitere Mitteilungen muß ich dem Staatssekretär des Justizamtes überlassen.

Abg. Dr. **Wagner** (kons.) erklärt sich für den Entwurf, wünscht aber von seiten der anderen Staaten ein ähnliches Entgegenkommen.

Abg. Dr. **Stengel** (fre. Vp.) führt aus, daß seine Freunde im Verkehrsinteresse für das Gesetz stimmen würden. Am besten wäre es, wenn man die Automobilsteuer ganz aufheben würde.

Abg. **Ledebour** (soz.): Wir sind von Anfang an gegen die Automobilsteuer gewesen. Herr v. Dirksen hatte früher ja geradezu ein Ausnahmegesetz zugunsten der großen Herren gefordert. Wir meinen, daß man zuerst die großen Sünder bei den Ohren nehmen muß. Das Automobil des kleinen Mannes haben wir zwar noch nicht, aber die Zeit wird wohl mal kommen, wo auch die kleinen Leute nicht mehr in Bazillenkutschen fahren wollen.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. **Severing**, Prinz zu **Schönaich-Carolath** und **Ledebour** schließt die erste Lesung. Es wird sofort die zweite Lesung vorgenommen, in der der Entwurf unverändert angenommen wird. Eine Petition, die die Aufhebung der Automobilsteuer verlangt, wird dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Nachtragsetats bezüglich der

Teuerungszulagen für die Beamten.

Schatzsekretär **Sydow**: Der Nachtragsetat erfüllt die Zusage, die ich Ihnen damals machte, als ich Ihnen sagte, daß die Beamtenbesoldungsvorlage in diesem Jahre nicht kommen werde. Der Nachtragsetat sieht dieselben Teuerungszulagen vor, die im Vorjahre bewilligt wurden. Die Vorlage dieses Entwurfes ist den verbündeten Regierungen nicht leicht geworden, denn die ungedeckten Matrikularbeiträge betragen jetzt schon 100 Millionen. Ueber das, was im Vorjahre bewilligt worden ist, können wir nicht hinausgehen. Ich bin ausdrücklich beauftragt worden, Ihnen dies zu sagen, damit nicht in der Beamtenschaft Hoffnungen erweckt werden, die nicht erfüllt werden können. Die verbündeten Regierungen würden also alle weiteren hierhin gehenden Anträge ablehnen.

Abg. **Beck**-Heidelberg (natl.): Die Vorlage ist nur ein Notbehelf. Eine ganze Reihe von Fragen bedarf noch der Aufklärung, der Entwurf muß deshalb der Budgetkommission überwiesen werden. Trotz der Abmahnung des Staatssekretärs werden wir dort versuchen, Verbesserungsvorschläge zu machen. Bedauerlich ist es, daß die Regierung nicht über den Rahmen des vorjährigen Entwurfs gegangen ist. Hoffentlich wird im Herbst die endgültige Regelung der Beamtengehälter kommen. Wir werden die Vorlage dann genau prüfen und hoffen, daß dann endlich Zufriedenheit in der Beamtenschaft eintreten wird.

Abg. Dr. **Dröscher** (kons.): Der Staatssekretär sagte, der Reichstag müßte die Vorlage so annehmen, wie sie vorliegt, sonst würde sie scheitern. Diese Verantwortung können wir nicht auf uns nehmen. Andererseits können wir aber nicht anerkennen, daß die Vorlage nicht verbesserungsbedürftig ist. Es wäre besser, wenn die Regierung schon eine organische Gehaltsregelung vorgenommen hätte. Das vorliegende Gesetz schafft nur unnötig neue Quellen der Unzufriedenheit. Auch wir hoffen, daß spätestens am 1. April nächsten Jahres die neue Besoldungsordnung in Kraft tritt. Wir werden versuchen, wo es nicht möglich ist, in der Kommission die einschränkende Klausel zu beseitigen, daß nur Beamte bis zu 4200 Mark berücksichtigt werden. Ferner wünschen wir eine Berücksichtigung der Hilfsarbeiter.

Abg. Dr. **Spahn** (Ztr.) führt aus, daß die Vorlage auch die Wünsche seiner Freunde nicht erfülle. Die weiteren Bemerkungen des Redners bleiben unverständlich.

Staatssekretär **Sydow**: Der Vorredner hat von mir eine Auskunft über den Stand der Besoldungsvorlage verlangt. Ich bedaure, darüber keine Auskunft geben zu können. Die Vorlage soll erst im Herbst dem Bundesrat zugehen. Deshalb ist sie jetzt noch nicht weit vorgeschritten, denn wir haben nebenher auch noch einiges zu tun. (Heiterkeit.) Wenn ich auch noch so entgegenkommende Mitteilungen über Einzelheiten machte, so würden die verschiedenen Beamtenkategorien doch sagen: Das ist noch nicht genug, wir müssen noch mehr haben. Damit muß